

Wirtschaftspolitischer Vergleich der vier größten Bundesländer

Baden-Württemberg

Bayern

Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

Wachstum wirkt! Neustart in der Wirtschaftspolitik

Sieben Jahre rot-grüne Regierung haben ihre Spuren hinterlassen. Seit Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen regiert, ist die Wirtschaft in unserem Land rund 28 Prozent schwächer gewachsen als im Bundeschnitt. In vielen Kategorien liegt unser Bundesland zurück oder führt die Liste „von unten“ an. Statt Zutrauen in und Gestaltungsraum für wirtschaftliche Betätigung, prägten Misstrauen und Blockade die nordrhein-westfälische Wirtschaftspolitik. Viel zu oft wurde die Wirtschaft zusätzlich durch Gesetzesvorhaben des grünen Umweltministers Remmel belastet und eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik dem Koalitionsfrieden geopfert. So wurde am Ende meistens nur mutlos der Stillstand verwaltet. Hätte sich Nordrhein-Westfalen nur im Schnitt der übrigen Länder entwickelt, wären heute knapp 90.000 Menschen weniger arbeitslos und unser

Land und die Kommunen hätten jährlich 4,5 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen. Einnahmen, die dringend für Investitionen in Infrastruktur, Sicherheit und Bildung benötigt werden.

Laut Infratest dimap-Zahlen und einer Forsa-Umfrage im Auftrag der MIT NRW haben immer mehr Menschen das Gefühl, dass es die Landesregierung übertreibt. Wenn ökologische Interessen sich gegen die Menschen wenden, wenden sich die Menschen von den Grünen ab. Wir brauchen eine neue Balance: Es ist auch ethisch, Arbeitsplätze zu schaffen und so Armut zu bekämpfen.

Der Rückstand Nordrhein-Westfalens zu den anderen Ländern ist in vielen Bereichen seit Amtsantritt von Frau Kraft größer geworden. Die Vergleiche und

unsere Positionen finden Sie auf den folgenden Seiten.

Unser Land hat alles, um Gewinner der Globalisierung zu bleiben und Gewinner des digitalen Wandels zu werden. Dieser Wandel braucht nicht Zeit. Dieser Wandel braucht Tempo und Mut.

Dafür am 14. Mai 2017 CDU wählen!
#NRWgehtvor #Wachstumwirkt



Hendrik Wüst
MIT-Vorsitzender



Inhalt

1. BIP					
- Wachstum ist Voraussetzung für Wohlstand	4				
- Wirtschaftswachstum 2010-2016	4				
- Was ist nach den Berichten über das Nullwachstum passiert?	5				
2. Wirtschaftsstandort NRW					
- De-Industrialisierung	7				
3. Fehlendes Wachstum wird zu fehlendem Wohlstand					
- Im bundesweiten Ranking abgeschlagen	10				
4. Arbeitsmarkt					
- Arbeitslosenquote ist überdurchschnittlich	11				
- Hohe Armutsgefährdungsquote	12				
5. Schulden					
- NRW ist Champion bei Steuereinnahmen	14				
- Rot-Grünes Haushaltsdefizit	15				
- Finanzierungssaldo	16				
6. Investitionen					
- Investitionsquote	17				
- Forschung und Entwicklung	17				
7. Insolvenzen					
- Weniger Unternehmensinsolvenzen...	20				
- ... aber hohe Insolvenzhäufigkeit in Nordrhein-Westfalen	20				
8. Infrastruktur					
- Nirgendwo so viele Staus wie in NRW	21				
- Rot-Grün sorgt für Stillstand	22				
- Breitbandausbau schreitet voran...	22				
- ...in NRW hakt es	23				
9. Die Bundesländer auf einen Blick	25				
10. Neustart für die nordrhein-westfälische Wirtschaftspolitik: Wofür wir stehen	26				
Quellen	28				
#NRWgehtvor #Wachstumwirkt #NRWkannmehr					

1. Bruttoinlandsprodukt

Wachstum ist Voraussetzung für Wohlstand

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Indikator für den Wirtschaftserfolg misst den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen in einer bestimmten Periode. Es ist aber nicht nur eine Zahl, die diese Erfolge zwischen Regionen oder Ländern vergleichbar macht. Wirtschaftliches Wachstum ist die Voraussetzung für Wohlstand durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen. Und es schafft darüber hinaus durch (Steuer-)Einnahmen Spielraum für öffentliche Investitionen.

Nordrhein-Westfalen hat eigentlich beste Voraussetzungen dafür, beim Bruttoinlandsprodukt an vorderster Stelle zu stehen: Intakte und lange Wertschöpfungsketten, Hidden Champions, starker Mittelstand, große Familienunternehmen, Energiekonzerne und Industrie. Auch macht das

BIP Nordrhein-Westfalens gut ein Fünftel des gesamtdeutschen BIP aus. Betrachtet man unser Bundesland als eigenen Staat innerhalb Europas, stünde NRW mit der Wirtschaftsleistung sogar an siebter Stelle der EU-28 – zwischen den Niederlanden und Schweden.

Aber: Seit Jahrzehnten verzeichnet die nordrhein-westfälische Wirtschaft ein weniger starkes Wachstum als die anderen Bundesländer. Unter Rot-Grün hat sich der negative Trend in den vergangenen Jahren noch einmal verfestigt.

Wirtschaftswachstum 2010-2016

2016 wuchs die nordrhein-westfälische Wirtschaft im siebten Jahr in Folge - also seitdem SPD und Grüne regieren - langsamer, als die gesamtdeutsche. Zwischen 2010 und 2016 ver-

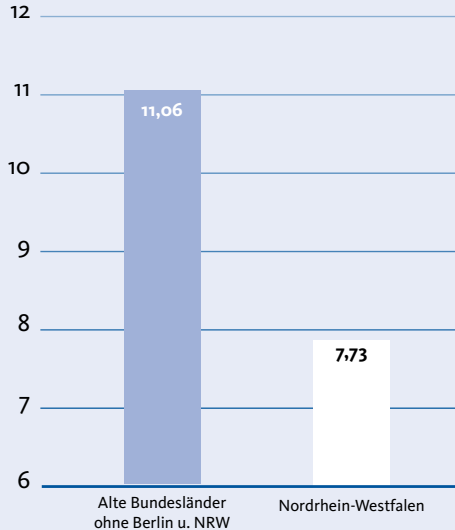
zeichnete Nordrhein-Westfalen ein Wachstum von 7,73 Prozent. Vergleicht man das Bruttoinlandsprodukt in demselben Zeitraum jedoch mit den alten Bundesländern (ohne Berlin und ohne NRW), lag das Wachstum sogar gut 30 Prozent darunter.

Einen noch deutlicheren Rückschluss auf die Wachstumslücke lässt die Betrachtung im Vergleich mit Baden-Württemberg und Bayern zu. Diese erzielten im selben Zeitraum ein fast doppelt so hohes Wachstum wie Nordrhein-Westfalen. Lediglich Niedersachsen, das ebenfalls Rot-Grün regiert wird, lag knapp hinter dem nordrhein-westfälischen Wachstum.

Setzt man das Ausgangsjahr 2010 mit den aktuellen Daten in Relation, verdeutlichen sich die Unterschiede zwischen den stark wachsenden

Wachstum des BIP (preisbereinigt, verkettet) 2010-2016 in Prozent

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (VGRdL), eigene Berechnung



Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg sowie Nordrhein-Westfalen (siehe Grafik Seite 6). Ordnet man das Wachstum in die gesamtdeutsche Entwicklung ein, ist auch hier der Abstand deutlich erkennbar.

Dass es auch anders geht, belegt der Vergleich mit den Regierungsjahren von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen. Zwischen 2005 und 2010 lag das Wirtschaftswachstum noch um knapp 15 Prozent über dem Bundesschnitt.

Eine beachtliche Wachstumslücke, die sich in den letzten Jahren aufsummiert hat, und eben kein Einmaleffekt, wie die Rückschau auf die Jahre der rot-grünen Landesregierung ergibt. Vielmehr zeigt sich, dass Nordrhein-Westfalen unter SPD-Regierungen seit Jahrzehnten und besonders mit dem grünen Koalitionspartner seit 2010 von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung des Bundes abgekoppelt ist.

Was ist nach den Berichten über das Nullwachstum passiert?

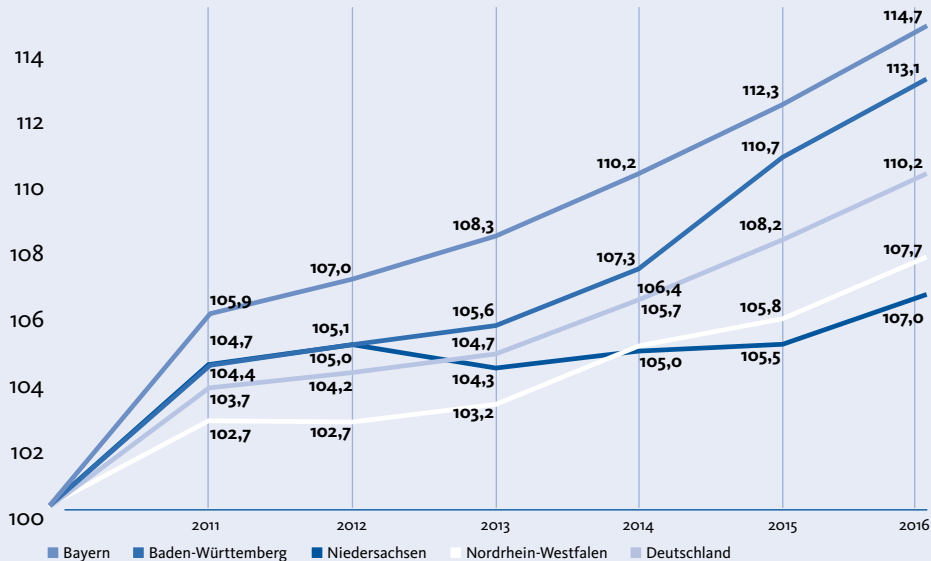
Die Berichte und Erhebungen zur Wachstumslücke sind nicht neu. Bereits 2013 verwies die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft McKinsey darauf, dass bei einem Aufschließen zu den wachstumsstarken westdeutschen Flächenländern 300.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen und Steuermehreinnahmen von gut 3 Milliarden Euro pro Jahr erzielt werden könnten. Inzwischen sind es bereits 4,5 Milliarden Euro. Aber anstatt die Ärmel hoch zu krempeln, Impulse zu setzen und überbordende Regulierungen zurückzunehmen, ist seitens der rot-grünen Landesregierung nichts geschehen.

Ergebnis - und eine „Klatsche“ für unser Bundesland - war die Berichterstattung um das Nullwachstum 2015, welches auch nach der neuesten Korrekturberechnung bei geringen 0,8 Prozent für Nordrhein-Westfalen liegt. Erst einige Wo-

BIP 2010-2016, Index 2010 = 100

Quelle: VGRdL, BIP (preisbereinigt, verkettet), eigene Darstellung

chen später kam der Wirtschaftsminister Duin auf die Idee, eigene Impulse für Wachstum zu setzen und berief unter der Überschrift „Industriepolitische Leitlinien NRW“ eine Expertenrunde ein. Gleichzeitig ließ er medienwirksam durchblicken, dass für ihn die grüne Schwerpunktsetzung im Koalitionsvertrag eine Mitschuld an der Wirtschaftsmisere haben könnte: „Ich war selbst bei den Koalitionsverhandlungen 2012 nicht dabei. Und es gibt nichts, was ich mehr bedauere.“ (WDR online). Seit dem 21. Juni 2012 im Amt, stellte der Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk die Leitlinien zur Entwicklung des Industriestandortes NRW und eine Willkommenskultur für Investitionen und Innovationen Ende 2016 vor. Sechs Monate vor der Wahl und vier Jahre nach Amtsantritt hat Duin damit begonnen, einen wirtschaftspolitischen Plan vorzustellen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt...



Mittlerweile ist die wenig rosige wirtschaftliche Lage unseres Bundeslandes auch bei den Menschen angekommen. In einer repräsentativen forsa-Umfrage der MIT NRW wurde untersucht, wie Grüne und SPD im Kompetenzfeld Wirtschaftspolitik abschneiden. Die Zahlen zeigen, dass beide Parteien hier nicht aufholen. Nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten (37 Prozent) sagten, dass die Landesregierung sich in ausreichendem Maße um die Belange und Interessen der Wirtschaft kümmere. Über die Hälfte gaben an, dass die Landesregierung sich zu wenig für die Wirtschaft im Bundesland einsetze (53 Prozent). Interessanterweise sahen dies vor allem Grünen-Wähler so (44 Prozent). Bei dem möglichen Koalitionspartner Linkspartei in einem Rot-Rot-Grünen-Bündnis aber stieg die kritische Sicht noch deutlicher: Anhänger der Linkspartei haben zu 60 Prozent diese kritische Sichtweise. Außerdem: Für immer mehr SPD-Wähler werden die Grünen zu einem Hemmschuh für den Standort NRW.

2. Wirtschaftsstandort NRW

Apropos Industriestandort NRW. Der Begriff „Industrieland“ steht oft als Synonym für unser Bundesland. Lange Wertschöpfungsketten und eine starke Industrie, die vor allem durch kleine und mittelständische (Familien-)Unternehmen geprägt ist, sind Grundpfeiler der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. In unserem Bundesland gibt es viele „Hidden Champions“, die mit ihren hochspezialisierten und innovativen Produkten in ihren Branchen weltweit führend sind. Die besondere Verbindung von Verantwortung und Risiko in der zumeist mittelständischen Industrie sowie ihre Verbundenheit mit der Heimatregion machen Nordrhein-Westfalen stark.

De-Industrialisierung

Allerdings hat der Anteil der industriellen Wertschöpfung, also des produzierenden Gewerbes (inklusive Baugewerbe), in NRW an der Gesamt-

bruttowertschöpfung sukzessive abgenommen. Lag der Anteil des produzierenden Gewerbes 1991 in Nordrhein-Westfalen nominal noch bei 38,3 Prozent, waren es im Jahre 2015 nur noch 27,6 Prozent. Unter Rot-Grün hat sich dieser Trend noch einmal verstärkt und führt mittlerweile zu einer De-Industrialisierung unseres Bundeslandes.

In der folgenden Grafik sind die Anteile des produzierenden Gewerbes an der nominalen Bruttowertschöpfung für Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Deutschland denen von Nordrhein-Westfalen gegenübergestellt. Im Vergleich lag das bevölkerungsreichste Bundesland 2015 9,5 Prozent unter dem bundesweiten Anteil des produzierenden Gewerbes an der (nominal) Bruttowertschöpfung. Zu Baden-Württemberg, dem Spitzenreiter, lag der Anteil sogar 31 Prozent niedriger. Während Baden-Württemberg, Bayern und

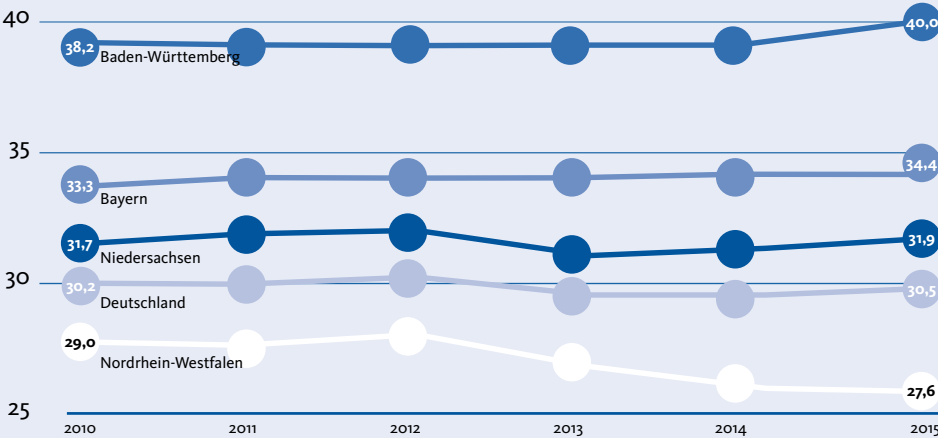
Produzierendes Gewerbe, Anteil an der nominalen Bruttowertschöpfung, 2010-2015

Quelle: VGRdL (Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen), eigene Darstellung

Niedersachsen seit 2010 den Anteil des produzierenden Gewerbes an der eigenen Bruttowertschöpfung konstant halten oder sogar deutlich ausbauen konnten, ist er in Nordrhein-Westfalen erheblich abgefallen. Zum Vergleich: In Baden-Württemberg trug das produzierende Gewerbe immer deutlich über einem Drittel zur Bruttowertschöpfung des Landes bei – zuletzt gar 40 Prozent.

2015 lag die Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen immer noch 4,2 Prozent unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2008. Dagegen lag sie bundesweit 19,6 Prozent darüber, in Baden-Württemberg sogar um 24,6 Prozent – in Bayern um 37,5 und in Niedersachsen um 20,9 Prozent.

Auch der Präsident der Unternehmerverbände NRW, Arndt G. Kirchhoff, bilanzierte kürzlich, dass die nordrhein-westfälische Industrie in den vergangenen fünf Jahren um fünf Prozent



eingebrochen sei, während sie in Baden-Württemberg um vier und in Bayern um acht Prozent zulegen konnte.

Hier liegt eine der Hauptursachen für die nordrhein-westfälische Wachstumsschwäche. Industrielle Wertschöpfung benötigt Rahmenbedingungen, die Wachstum ermöglichen und nicht verhindern. Investitionen setzen eine verlässliche Wirtschaftspolitik voraus. Unnötige Restriktionen für die Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen aus dem Landesentwicklungsplan, die zusätzlichen Restriktionen im Landesnaturschutzgesetz und die hohe Grunderwerbsteuer sowie die hohen Gewerbesteuern sind Nachteile, die unseren Wirtschaftsstandort überdurchschnittlich hoch belasten.

Greifbar wird die von Rot-Grün betriebene De-Industrialisierung bei der Gegenüberstellung von Landesflächen für Umweltzwecke und Flächen, die für die Wirtschaft be-

reit stehen. Seit 2010 sind unter Rot-Grün Wald-, Heide- und Moorflächen sowie Grünanlagen um insgesamt knapp 24.800 Hektar angewachsen. Gewerbe und Industrie in NRW haben aber seitdem knapp 3.800 Hektar an Fläche ersatzlos verloren.

Um Industrieland zu bleiben, brauchen wir eine Flächenpolitik, die wirtschaftliches Wachstum fördert. Dazu gehört auch ein immissionsschutzrechtlicher Bestandsschutz. Dieser muss ermöglichen, dass bei Neuansiedlungen gewerbliche oder industrielle Unternehmen auf der bisher genutzten Fläche dieselben Vorgaben nutzen können, wie die vorherigen Betriebe. Nur so können industrielle und gewerbliche Brachflächen auch zukünftig wieder der wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.

3. Fehlendes Wachstum wird zu fehlendem Wohlstand

Im bundesweiten Ranking abgeschlagen

Wo Wachstum fehlt, findet weniger Wertschöpfung statt. Kommunen und Städten fehlen die Mittel für Investitionen, aber auch private Haushalte können in Nordrhein-Westfalen durch eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, damit einhergehende Wohlstandsverluste und sozialen Abstieg nicht an den Wohlstandsgewinnen der Gesellschaft teilnehmen. Wäre die nordrhein-westfälische Wirtschaft in demselben Maße gewachsen, wie im Bundesschnitt, hätten Land und Kommunen jährliche Steuermehreinnahmen von 4,5 Milliarden Euro verzeichnen können. Geld, welches dringend für Bildung, Sicherheit und Investitionen in die Infrastruktur hätte genutzt werden können und jetzt fehlt.

Eine der Folgen des unterdurchschnittlichen Wachstums Nordrhein-Westfalens sind schlech-

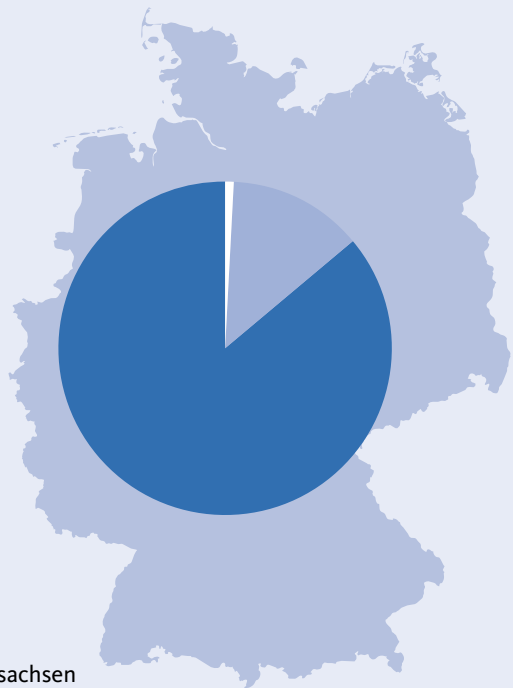
tere Bedingungen für unsere Kommunen. Im Regional-Ranking des IW Consult wurden alle 402 Kreise und kreisfreien Städte nach Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt und Lebensqualität bewertet und im Niveauranking gegenübergestellt.

Im Vergleich zu 2014 sind die nordrhein-westfälischen Kommunen abgestiegen. Unter den zehn Kommunen mit den schlechtesten Bedingungen sind fünf Städte aus NRW (Hamm, Oberhausen, Herne, Gelsenkirchen und Duisburg). Zwei Jahre zuvor befanden sich keine Kommunen aus Nordrhein-Westfalen unter den zehn schlechtesten. Während sich 86 von 100 Top-Standorten in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen befinden, schafft es mit Düsseldorf (Platz 75) lediglich eine nordrhein-westfälische Kommune in die TOP 100. 2014 waren mit Leverkusen (68), Gütersloh (75) und Rhein-Berg (91) noch drei NRW-Kommunen unter den TOP 100.


Von 54 nordrhein-westfälischen Kreisen und kreisfreien Städten schaffen es lediglich sieben in die erste Hälfte. Neben Düsseldorf sind dies der Kreis Mettmann (103), Bonn (121), der Kreis Gütersloh (155), Köln (158), Münster (180) und der Rheinisch-Bergische Kreis (180). 2014 schafften es hingegen noch 25 unter die Top 200. Besorgniserregend ist, dass sich 2016 unter diesen auch 29 Kreise und kreisfreie Städte aus Nordrhein-Westfalen befanden, darunter alle Kreise und kreisfreien Städte des Ruhrgebiets außer Essen. Auf den beiden letzten Plätzen bundesweit lagen Gelsenkirchen (Platz 401) und Duisburg (Platz 402).


Top 100-Standorte in Deutschland

Quelle: IW Consult, unter diesen Regional-Ranking, Ergebnis Niveauranking, eigene Darstellung



 Nordrhein-Westfalen

 Andere

 Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen

4. Arbeitsmarkt

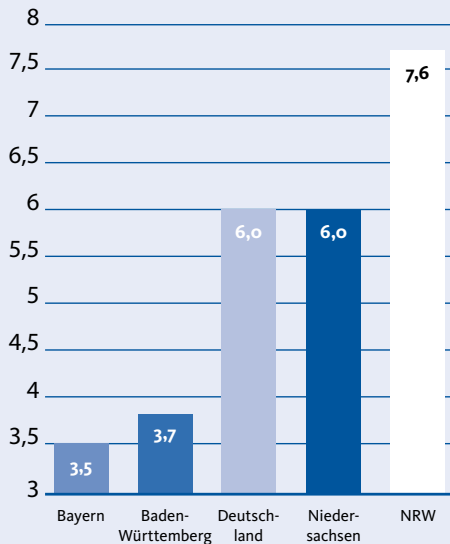
Arbeitslosenquote ist überdurchschnittlich

Anfang des Jahres sorgten die Zahlen des deutschen Arbeitsmarktes aus dem letzten Quartal 2016 für Freude: Mit dem Rekord von 43,7 Millionen waren so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Auch in Nordrhein-Westfalen sank die Arbeitslosenquote. Betrachtet man jedoch die Entwicklung im gesamtdeutschen Vergleich und anhand einzelner Monate, spiegelt sich die nordrhein-westfälische Wachstumsschwäche auch in einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote wider.

Im Dezember 2016 lag die Arbeitslosenquote in unserem Bundesland bei 7,4 Prozent - bundesweit jedoch bei lediglich 5,8 Prozent. Zwar ergibt sich eine leichte Verbesserung im Vergleich zu 2010, aber auf die sehr gute gesamtdeutsche

Arbeitslosenquote im März 2017, in Prozent

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, eigene Darstellung



Entwicklung ist Nordrhein-Westfalen unter der rot-grünen Landesregierung noch immer abgeschlagen: Seit Amtsantritt der Regierung Kraft ging die Arbeitslosenzahl um 5,6 Prozent zurück. Im selben Zeitraum sank die Zahl in den übrigen Bundesländern aber um 14,6 Prozent.

NRW hatte im Dezember 2010 12,5 Prozent mehr Arbeitslose als der Bundesschnitt. Eine immer noch unbefriedigende Situation damals. Sechs Jahre später - im Dezember 2016 - betrug der Unterschied allerdings satte 27,5 Prozent. Auch die Zahlen vom März 2017 (siehe Grafik) ergeben kein grundsätzlich anderes Bild. Aktuell liegt die nordrhein-westfälische Arbeitslosenquote knapp 27 Prozent über der bundesweiten Quote.

Gäbe es diese Differenz nicht, so wären in Nordrhein-Westfalen knapp 90.000 Menschen weniger arbeitslos. Das ist fast doppelt so viel wie das vollbesetzte Rheinenergiestation des 1. FC

Köln fasst. Dies sind nur die Menschen, die nicht arbeitslos sein müssten, wäre NRW auf dem Niveau des restlichen Deutschland.

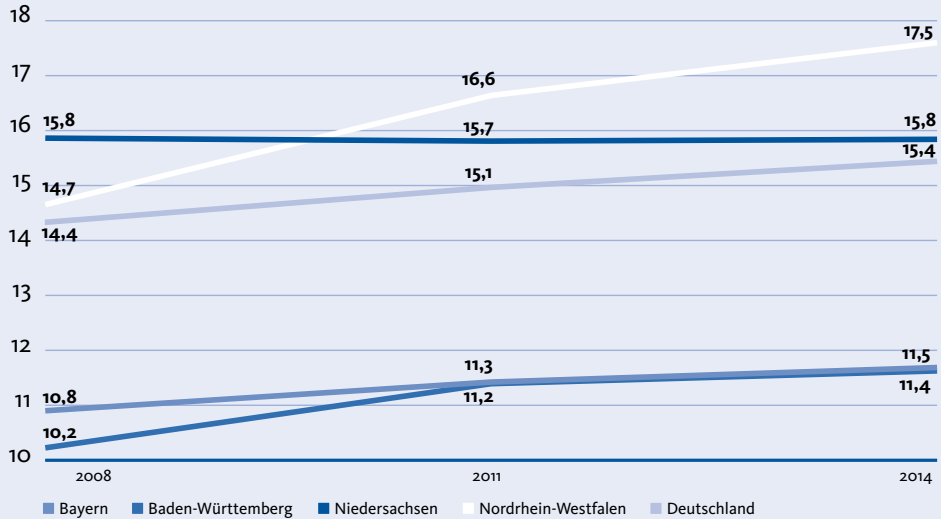
Lag Nordrhein-Westfalen im Länderranking 2010 auf Platz 9, hat unser Bundesland bis Ende 2016 zwei Plätze verloren. Nun haben Thüringen und Sachsen NRW überholt.

Hohe Armutsgefährdungsquote

Die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit macht sich auch in der Armutsgefährdungsquote bemerkbar. Gemessen am Bundesmedian betrug die Armutsgefährdungsquote in 2014 deutschlandweit 15,4 Prozent, in Nordrhein-Westfalen aber 17,5 Prozent. Damit war knapp jeder Sechste armutsgefährdet (siehe Grafik auf Seite 13). 2008 - unter der schwarz-gelben Landesregierung - lag die Armutsgefährdungsquote bei 14,7 Prozent. Unter Rot-Grün ist diese Quote nach oben geschneit

Armutsgefährdungsquote nach Ländern

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch, eigene Darstellung



und liegt nun über der Niedersachsens und 13,6 Prozent über dem Bundesschnitt.

Einhergehend mit der überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote und der hohen Armutsgefährdung, ist auch die Kinderarmut nach oben geschneilt und mittlerweile die höchste unter den westdeutschen Flächenländern.

Die größte Armutsgefahr für Kinder ist die Arbeitslosigkeit der Eltern. Daher ist Wirtschaftswachstum und die damit einhergehende Schaffung von Arbeitsplätzen oberstes Ziel einer neuen Wirtschaftspolitik ab dem 14. Mai.

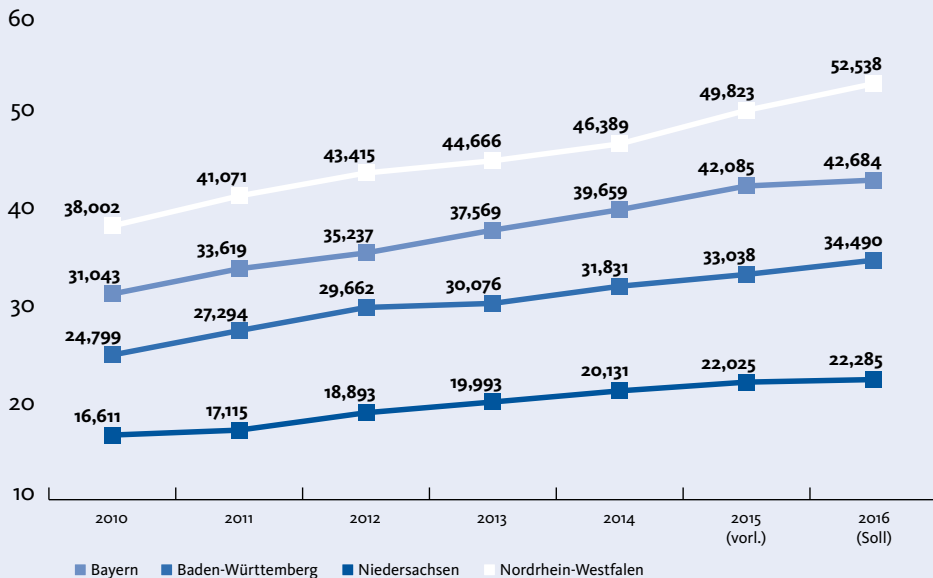
5. Schulden

NRW ist Champion bei Steuereinnahmen ... wo bleibt das Geld?

Die Steuereinnahmen ergeben seit Jahren ein dickes Plus auf der Einnahmeseite des SPD-Finanzminister Walter-Borjans. Dennoch ist es nicht gelungen, in den vergangenen Jahren einen strukturell ausgeglichenen Haushalt auf den Weg zu bringen. Rekordeinnahmen stehen hohe Ausgaben gegenüber, die die Einhaltung der Schuldenbremse bis 2020 schwierig werden lassen. In der folgenden Grafik sind die Steuereinnahmen der vier Vergleichsländer zwischen 2010 und 2016 (Soll) gegenübergestellt. NRW konnte, laut dem Finanzbericht des Bundesfinanzministeriums, in 2016 eine Steigerung von 38 Prozent zu 2010 verzeichnen. In absoluten Zahlen war unser Bundesland damit Spitzenreiter. Unternehmen und Bürger zahlten diese enorm hohen Steuern und wollen dafür entsprechende Leistungen und In-

Steuereinnahmen in Mrd. Euro

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 2017, eigene Darstellung



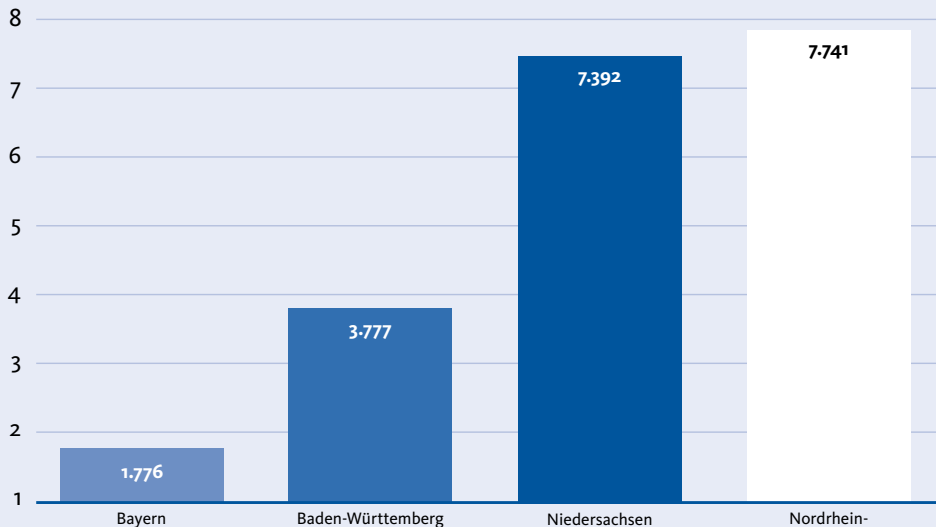
vestitionen. Der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Steuereinnahmen aller Länder zusammen betrug 2016 (Soll) ein Fünftel (20,5 Prozent) und war damit um 23 Prozent höher als in Bayern – dem Bundesland mit den zweithöchsten Steuereinnahmen (siehe Grafik Seite 16).

Der rot-grüne Schuldenberg

Für 2015 (vorläufig) hat das Bundesfinanzministerium die Schulden auf jeden Einwohner Nordrhein-Westfalens fiktiv umgelegt. Der Schuldenberg ohne Gemeinden ergab 7.741 Euro pro Einwohner. Unter den Flächenstaaten lag Nordrhein-Westfalen damit an fünfter Stelle der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung. In Bayern betrug sie 1.776 Euro pro Einwohner. Betrachtet man die Nettokreditaufnahme der letzten Jahre, so konnte der Schuldenstand je Einwohner dort deutlich heruntergefahren werden. In Niedersachsen verringerte sich die Aufnahme von 2010 auf 2015 um gut 79 Prozent, in Baden-Württem-

Verschuldung der Länder pro Einwohner 2015 ohne Gemeinden (in Euro)

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 2017, eigene Darstellung



Finanzierungssaldo in Mio. Euro

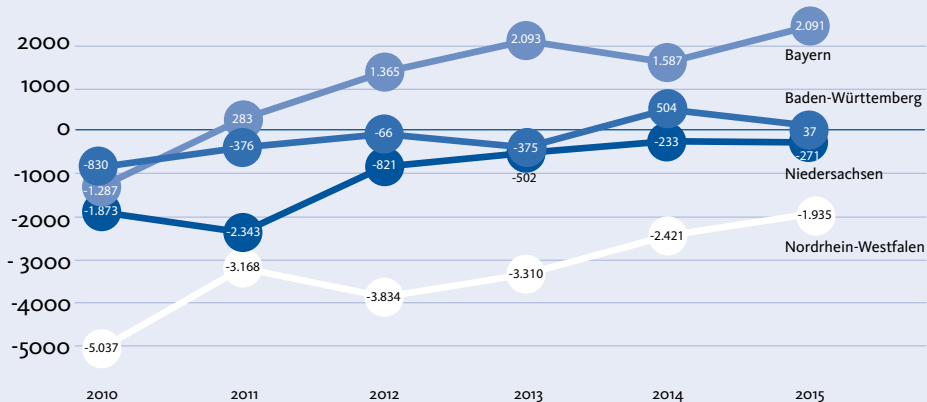
Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Finanzbericht 2017, eigene Darstellung

berg gab es keine Nettokreditaufnahme in 2015 und in Bayern wurden 194 Euro je Einwohner zurückgezahlt. Die rot-grüne Landesregierung nahm hingegen im selben Jahr sogar 110 Euro je Einwohner zusätzlich neu auf.

Der rot-grüne Haushalt 2017 sieht erneut eine Nettoneuverschuldung von 1,6 Milliarden Euro vor. Dies wird die Pro-Kopf-Verschuldung in unserem Bundesland noch einmal nach oben treiben. Ende 2016 belief sich der NRW-Schuldenberg auf knapp 144 Milliarden Euro.

Finanzierungssaldo

Der Vergleich der Finanzierungssalden seit 2010 unter rot-grüner Regierung belegen die hohen Deckungslücken in den Haushalten und die schlechte Finanzpolitik der letzten Jahre. Während sich Niedersachsen und Baden-Württemberg angleichen konnten, liegt NRW auch hier bundesweit auf dem letzten Platz. Wie es vorausschauende und zukunfts feste Haushalts-



planung funktioniert, zeigt eindrucksvoll der Freistaat Bayern. Dem nordrhein-westfälischen Defizit von 1,935 Mrd. Euro stand ein bayrischer Überschuss von 2,091 Mrd. Euro gegenüber, obwohl die Einnahmen seit 2010 dort nicht schneller gestiegen sind. Hier zeigt sich, was mit einer vorausschauenden Finanzpolitik machbar ist.

6. Investitionen

Von kleinen mittelständischen Unternehmen bis zu den großen börsennotierten Konzernen – Investitionen werden im Kleinen, wie im Großen getätigt. Stagnieren oder fallen sie, lassen sich daran auch konkrete Rückschlüsse auf den Standort und die Rahmenbedingungen ziehen. Deutlich wird dies in der sogenannten Investitionsquote, die die staatlichen und privaten Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum nominalen BIP setzt. Laut dem Bundesfinanzministerium machen die privaten Bruttoanlageinvestitionen etwa 90 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen aus und treiben so maßgeblich die Investitionsentwicklung.

NRW-Investitionsquote unter dem Durchschnitt

In unserem Bundesland betrug die Investitionsquote 2015 8,3 Prozent. Gemessen an den Län-

dern insgesamt waren dies 1,5 Prozentpunkte weniger. Seit Amtsantritt von Frau Kraft ist die Quote um 22 Prozent gesunken. 2010 betrug sie noch 10,7 Prozent. Andere Bundesländer machen es, trotz einer generell negativen Tendenz, durch wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen und eine bessere Finanzpolitik vor (siehe Grafik Seite 18). So lag die Investitionsquote in Baden-Württemberg immer noch knapp 21 Prozent über der nordrhein-westfälischen.

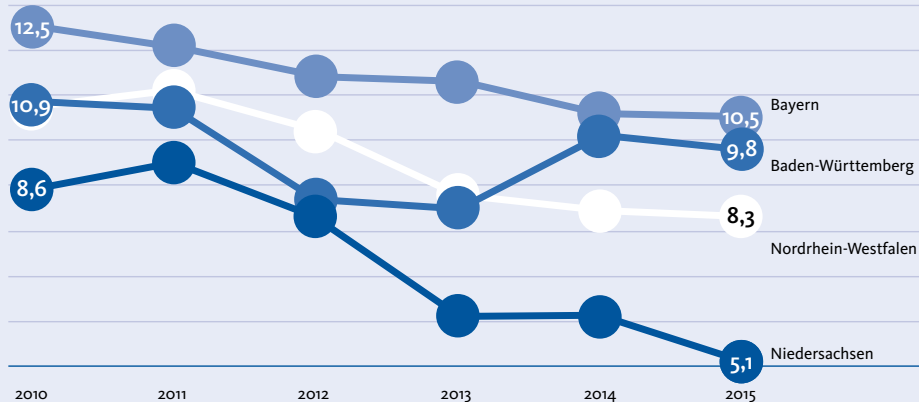
Forschung und Entwicklung

Auch hat es die rot-grüne Landesregierung verpasst, Impulse für die Forschung und Wissenschaft zu setzen. Schaut man auf die Mittel, die von den einzelnen Bundesländern für Forschung und Entwicklung (FuE) zur Verfügung gestellt werden, unterscheiden diese sich erheblich voneinander. Im Gegensatz zu Baden-Württem-

Investitionsquoten

(Anteil der Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben in v. H.)

Quelle: Finanzministerium NRW



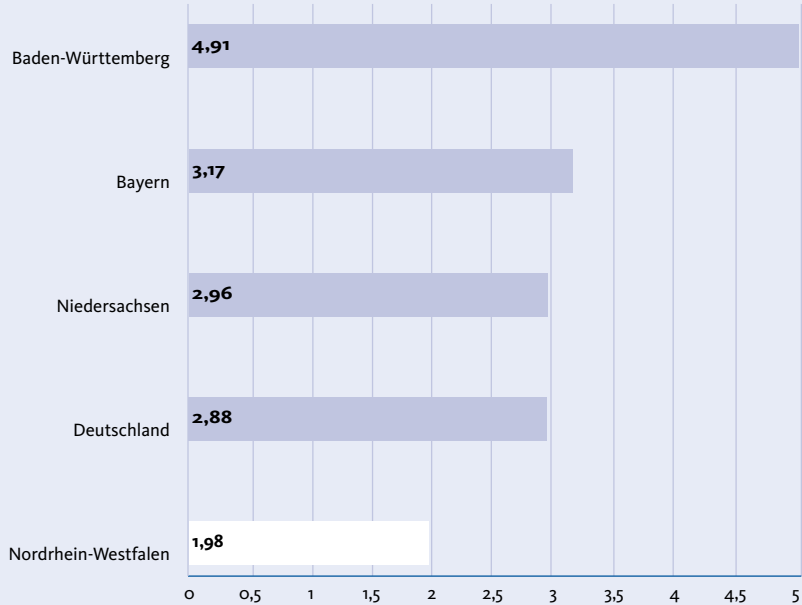
berg und Bayern, die auch im internationalen Vergleich aufholen, belegt Nordrhein-Westfalen unter der Regierung Kraft, gemessen am BIP-Anteil der Ausgaben, den bundesweit 11. Platz. Spitzenreiter Baden-Württemberg verwendete 2014 knapp 5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung für FuE, dicht gefolgt von Bayern mit 3,17 Prozent auf Platz 3 und Niedersachsen mit 2,96 Prozent auf Platz 4. Im gesamtdeutschen Durchschnitt wurden immerhin noch 2,88 Prozent der Wirtschaftsleistung darauf verwendet – rund ein Drittel mehr als in Nordrhein-Westfalen.

Und auch über die letzten Jahre gesehen sind die FuE-Aufwendungen in den Bundesländern höher ausgefallen als in Nordrhein-Westfalen. Im Vergleich zu 2010 erhöhten sich die Ausgaben hier um magere 3 Prozent. Doppelt so hoch waren die Steigerungsraten in Baden-Württemberg und im Bundesschnitt. Niedersachsen und Bayern legten für Forschung und Entwicklung sogar jeweils mehr als 9 Prozent in 2014 drauf.

Anteil der FuE-Ausgaben in Prozent des BIP 2014

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Stifterverband, Wissenschaftsstatistik, Essen; Arbeitskreis VGRdL

Seit 2010 hat die rot-grüne Regierung in Nordrhein-Westfalen falsche Prioritäten gesetzt, politisch motivierte Forschungsstrategien bei Klimaschutz und Nahrungsmittelanbau begünstigt und für Innovation und Wachstum relevante Forschungsgebiete eher vernachlässigt. Besonders schwer wiegt aber das NRW-Hochschulzukunftsgesetz, welches nachhaltig Vertrauen in den Standort verspielt hat, weil die Zusammenarbeit von Universitäten und Wirtschaft erschwert worden ist.



7. Insolvenzen

Weniger Unternehmensinsolvenzen insgesamt...

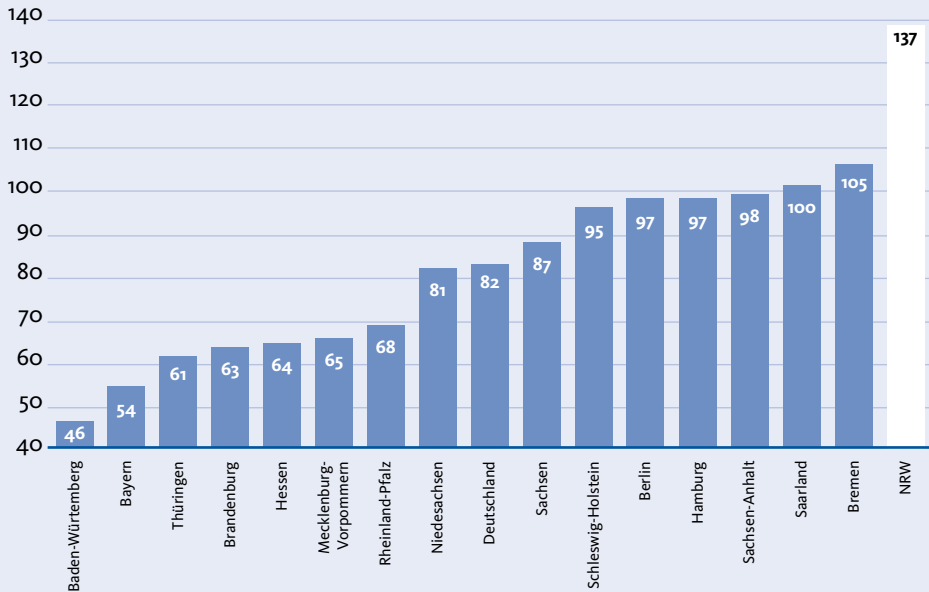
Im vergangenen Jahr wurden bei den deutschen Amtsgerichten insgesamt 21.518 Unternehmensinsolvenzen gemeldet. Laut den Angaben des Statistischen Bundesamtes sanken sie damit auf den niedrigsten Stand seit der Einführung der aktuellen Insolvenzordnung 1999. Diese Entwicklung zeigt sich auch in den einzelnen Bundesländern - allerdings sehr differenziert.

... aber hohe Insolvenzhäufigkeit in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen meldeten 2016 6.547 Unternehmen Insolvenz an. Das waren fast ein Drittel (30,4 Prozent) aller Insolvenzen bundesweit. Schaut man sich die Insolvenzhäufigkeit an, liegt Nordrhein-Westfalen mit einem Wert

Durchschnittliche Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen 2010-2016, bezogen auf 10.000 Unternehmen

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung



von 98 auf dem letzten Platz unter allen Bundesländern. In den letzten sieben Jahren kamen durchschnittlich 137 Insolvenzen auf 10.000 nordrhein-westfälische Unternehmen. Das war unter Rot-Grün annähernd drei Mal so viel wie in Baden-Württemberg. Damit lag Nordrhein-Westfalen sechs Mal an letzter Stelle. Lediglich in 2014 lag die Insolvenzhäufigkeit in Bremen höher als in unserem Bundesland. Bundesweit meldeten im Schnitt nur 82 von 10.000 Unternehmen Insolvenz an. Die Grafik fasst die Unterschiede in der Insolvenzhäufigkeit der einzelnen Bundesländer und der vergangenen Jahre zusammen.

Fazit: Auch im Bereich der Insolvenzhäufigkeit ist unser Land stärker als der Bundesschnitt betroffen. Hier ließe sich durch Wachstumsimpulse der Abstand ebenso verringern. Dazu zählen wir neben weniger Bürokratie eine zukunftsfähige Infrastruktur und die Chancen, die uns der digitale Wandel als Wachstumstreiber bietet.

8. Infrastruktur

Nirgendwo so viele Staus wie in NRW

Die Verkehrsbelastung auf Autobahnen hat nach Untersuchungen der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) von 2015 gegenüber 2010 um rund acht Prozent zugenommen. Das trifft vor allem die Menschen, die täglich von ihrem Wohn- zum Arbeitsort pendeln oder beruflich auf den Straßen unterwegs sind. In unserem Bundesland pendelte 2015 jeder zweite Erwerbstätige (49,3 Prozent) in eine andere Gemeinde. Es trifft aber auch unsere vielen Zuliefererbetriebe, Logistikunternehmen und Handwerker, die auf den maroden Straßen und die vielen Baustellen Zeit verlieren oder große Umwege in Kauf nehmen müssen.

Im vergangenen Jahr gab es in Nordrhein-Westfalen 388.382 Staukilometer – das sind fast zehn Erdumrundungen und 39,2 Prozent mehr als nur

zwei Jahre zuvor (2014: 279.000 Staukilometer). Insgesamt haben sich die Staukilometer seit Amtsantritt des NRW-Verkehrsministers Groschek in 2012 mehr als verdoppelt. Auf insgesamt 2.215 nordrhein-westfälischen Autobahn-Kilometern standen Autofahrer mit 123.744 Staustunden bundesweit am längsten. 28 Prozent aller gemeldeten Staukilometer fielen in Nordrhein-Westfalen an, 21 Prozent in Bayern, 13 Prozent in Baden-Württemberg und 8 Prozent in Niedersachsen.

Rot-Grün sorgt für Stillstand

Aber nicht nur die Verkehrszunahme ist eine Ursache überfüllter Straßen in NRW. Rot-Grün hat es in den vergangenen Jahren verpasst, genügend Bundesfernstraßen zu planen. Zum Bundesverkehrswegeplan, der bis 2030 insgesamt rund 270 Mrd. Euro zur Verfügung stellt, liegt in NRW acht Monate nach der Veröffentlichung

immer noch kein Plan vor, wie die Mittel verbaut werden sollen. Und dort, wo gebaut wird, ist das Baustellenmanagement veraltet. So wurde zuletzt nicht kontrolliert, ob bei einer vertraglich mit der Baufirma festgelegten 6-Tage-Woche und Nacharbeit, diese auch durchgeführt oder erfüllt wurden. Und man sieht, dass es auch anders gehen kann. Unter der schwarz-gelben Vorgängerregierung wurde zwischen 2005 und 2010 deutlich mehr in die nordrhein-westfälischen Straßen und somit unseren Wirtschaftsstandort investiert. Seit 2015 findet keine Fortschreibung des Landesstraßenneubaus statt.

Voraussetzung einer erfolgreichen arbeitsteiligen Wirtschaft ist, dass Waren transportiert und ausgetauscht werden können. Dafür muss die Landesregierung ihre Hausaufgaben machen und Planungen vorantreiben, damit Bundesmittel abgerufen werden können. Im Stauland Nummer 1 ist es unerklärlich, dass Bundesmittel für den Fernstraßenbau in den letzten Jahren zurückge-

geben werden mussten, weil zu wenig baureife Projekte vorlagen.

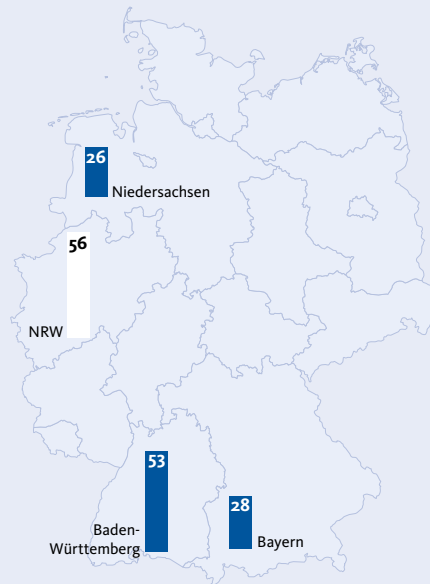
Nicht nur der reale Ausbau und die Instandsetzung der Infrastruktur lahmen. Für den Wirtschaftsstandort NRW und die Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Unternehmen ist die Erreichbarkeit über die digitalen Datenautobahnen das Zukunftsthema.

Breitbandausbau schreitet voran...

Während vielerorts bei uns noch über eine flächendeckende Breitbandversorgung gesprochen wird, gehören E-Gouvernement und der Zugang zu einem schnellen Internetzugang zum Beispiel in den baltischen Staaten bereits zum Alltag. Die Breitbandversorgung ist längst nicht mehr nur eine nette Zugabe bei der Standortbestimmung. Sowohl im gewerblichen als auch im privaten Bereich wird sie zunehmend zu einer entscheidenden Größe bei der Auswahl des Unternehmensstandortes oder

Stau-Stunden in 2016 im Verhältnis zu den jeweils vorhandenen Autobahnkilometern

Quelle: ADAC, Staubillanz 2016, eigene Darstellung



des Wohnortes. Das hat auch die Bundesregierung erkannt. Bis 2018 soll es in ganz Deutschland schnelles Internet mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde geben. Dafür werden seit 2015 durch das Bundesförderprogramm Milliarden für den Breitbandausbau bereitgestellt. Bis Februar 2017 lief nun bereits der vierte Förderaufruf für Kommunen und Landkreise und die Bemühungen haben Wirkung gezeigt. Laut BMVI hat Deutschland inzwischen die höchste Breitbandausbaudynamik in Europa. Im Bericht „The State of the Internet“ von Akamai belegt Deutschland im Ranking der durchschnittlichen Verbindungsgeschwindigkeit weltweit aber nur Platz 25.

...in Nordrhein-Westfalen hakt es

Mit einer Breitbandversorgung über alle Technologien von mindestens 50 Mbit/s verfügten in Nordrhein-Westfalen Ende 2016 82,2 Prozent aller Haushalte über schnelles Internet. Hier

steht Nordrhein-Westfalen an vierter Stelle hinter Hamburg, Bremen und Berlin. Das heißt aber auch, dass fast jeder fünfte Haushalt noch auf einen solchen Zugang verzichten muss. Denn die hohe Ausbaurate liegt in NRW vor allem an der Struktur unseres Bundeslandes mit großen städtischen Gebieten. So startete die rot-grüne Landesregierung bereits mit einer Breitbandversorgung von mehr als der Hälfte aller Haushalte (57,9 Prozent) in 2010.

Seitdem ist in Nordrhein-Westfalen der Ausbau weit weniger schnell vorangegangen. Der erste Platz unter den Flächenländern täuscht über die Ausbaugeschwindigkeit – hier hakt es. Verglichen mit 2010, hat sich der Zuwachs bis Ende 2016 in NRW um 41,96 Prozent erhöht. Im gleichen Zeitraum konnten aber Bayern und Niedersachsen um 220,44 bzw. 399,34 Prozent zulegen. Damit lag Nordrhein-Westfalen auch unter dem bundesweiten Zuwachs von 91,13 Prozent.

Um die angestrebte Vollversorgung bis 2018 zu erreichen, muss Nordrhein-Westfalen in den kommenden Monaten noch 17,8 Prozent aller Haushalte anschließen. Das ist mehr als in den vergangenen fünf Jahren zusammen (2012-2016 = 14,4). In Nordrhein-Westfalen ist die Versorgungsquote von Anfang 2012 bis Ende 2016 um 21,23 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist sie allerdings in Bayern um 127,44 Prozent und in Niedersachsen um 115,21 Prozent angewachsen.

Die von Bundesverkehrsminister Dobrindt ausgestellten Förderbescheide für Infrastrukturmaßnahmen aus dem Breitbandförderprogramm des Bundes haben im dritten Vergabeverfahren 20 Projekte mit rund 176 Millionen Euro in Nordrhein-Westfalen erreicht. Nimmt man die drei Vergaberunden zusammen, hat die Regierung Kraft aber nur knapp 10 Prozent der bisher ausgeschütteten Mittel erhalten und damit die an sich selbst gesetzten Ansprüche von 21 Prozent der Mittel verpasst. Das sind satte

11 Prozentpunkte weniger als geplant. Nach der noch ausstehenden vierten Runde könnte der nordrhein-westfälische Anteil sogar noch unter 10 Prozent fallen. Damit gibt es tatsächlich wesentlich weniger Fördermittel, als die Regierung Kraft um Wirtschaftsminister Duin insgesamt bereitstellen wollte.

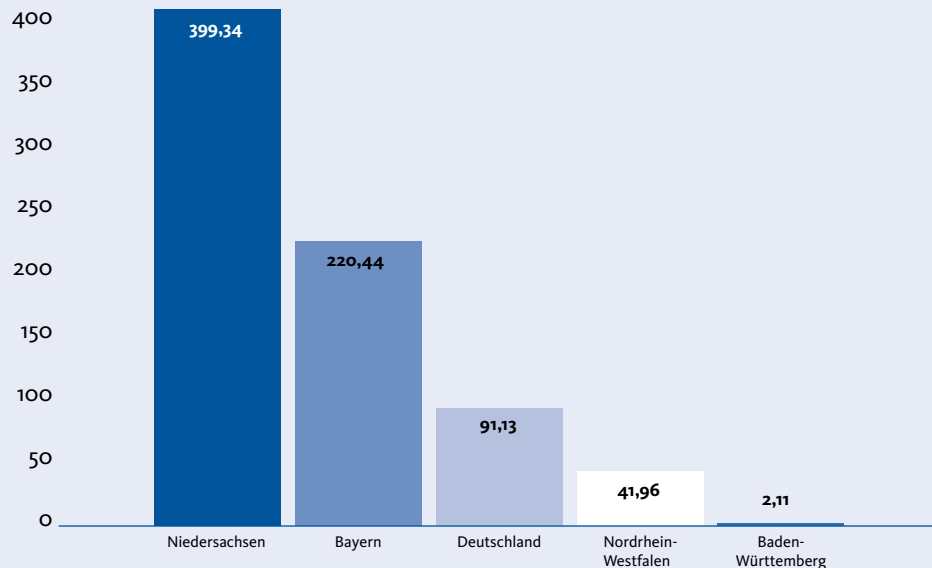
Schlimmer als im Landesschnitt sieht die Versorgung in nordrhein-westfälischen Gewerbegebieten aus: Laut einer Studie der Strategieberatung MICUS im Auftrag der NRW.Bank von 2015 verfügen 9 von 10 Gewerbegebieten über keinen Anschluss an die schnelle Datenautobahn. Auch das ist ein klarer Standortnachteil.

Fazit: Wer in Berlin nach mehr Mitteln ruft, muss diese auch durch vorhandene Planungen (Straßenbau) und Unterstützung der Kommunen (Breitbandanträge) unterlegen!

Zuwachs der Breitbandverfügbarkeit

(≥ 50 Mbit/s, über alle Technologien, in Haushalten) 2010-2016 in Prozent

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Breitbandatlas, eigene Berechnung



9. Die Bundesländer auf einen Blick

Bundesland	Baden-Württemberg	Bayern	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Deutschland
Einwohner (in Mio.)	10,71	12,69	7,82	17,63	81,19
Regierung	Grüne/CDU	CSU	SPD/Grüne	SPD/Grüne	CDU/SPD
Fläche (in km ²)	35.751	70.550	47.615	34.110	357.376
BIP 2016 (p,v, Veränderung gegenüber dem Vorjahr)	2,2	2,1	1,4	1,8	1,9
Produzierendes Gewerbe, Anteil an der nominalen Bruttowertschöpfung 2015 (in Prozent)	40	34,4	31,9	27,6	30,5
Arbeitslosenquote (März 2017)	3,7	3,5	6	7,6	6
Verschuldung je Einwohner 2015 (in Euro; mit Gemeinden)	4.516	2.871	8.628	9.248	6.637
Investitionsquote 2015 (in Prozent)	9,8	10,5	5,1	8,3	9,9
Staudauer in Stunden 2016	55.459	69.997	37.146	123.744	418.757
Insolvenzhäufigkeit (je 10.000 Unternehmen) 2015	42	53	67	110	71

10. Neustart für die nordrhein-westfälische Wirtschaftspolitik: Wofür wir stehen

- 1. Einen konsequenten Abbau bürokratischer Lasten für den Mittelstand:** Wir fordern die Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes und den Verzicht auf die Hygieneampel sowie den Verzicht auf die Erhebung von Gebühren für die Regelkontrolle bei der Lebensmittelüberwachung. Wir wollen zudem mit Hilfe digitaler Anwendungen unvermeidbare Bürokratie anwenderfreundlich gestalten und die Lasten für den Mittelstand reduzieren.
- 2. Flächenpolitik, die wieder wirtschaftliches Wachstum fördert.** Unnötige Restriktionen sind für die Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen aus dem Landesentwicklungsplan zu streichen, zusätzliche Flächenrestriktionen aus dem Landesnaturschutzgesetz zu entfernen und die Erhöhung der Grunderwerbsteuer zurückzunehmen. Ferner setzen wir uns für die Schaffung eines immissionsschutzrechtlichen Bestandsschutzes ein. Bei der Neuansiedlung gewerblicher oder industrieller Unternehmen auf bisher entsprechend genutzten Flächen müssen diese immissionsschutzrechtlich der Vornutzung gleichgestellt werden. Das bedeutet: Neu angesiedelte Betriebe dürfen bei gleichbleibendem Abstand zur bestehenden Bebauung in gleichem Umfang emittieren wie der bisher auf der Fläche angesiedelte Betrieb. Nur so kann gewährleistet werden, dass gewerbliche oder industrielle Brachflächen auch zukünftig wieder einer entsprechenden Nutzung zugeführt werden können.
- 3. Genehmigungsverfahren in Nordrhein-Westfalen dauern zu lange.** Das gilt sowohl für wichtige Infrastrukturprojekte wie auch für die Genehmigung von Industrieanlagen. Ursächlich hierfür ist die Ausweitung von Verbandsklagerechten und Beteiligungsrechten von Tier-, Umwelt- und Naturschutzorganisationen. Diese müssen wir, sofern sie nicht durch EU- oder Bundesrecht zwingend vorgeschrieben sind, abschaffen. Gleichzeitig setzen wir uns für einen **Ausbau der Planungs- und Genehmigungskapazitäten** in Nordrhein-Westfalen ein.
- 4. Nirgendwo in Deutschland ist die kommunale Abgabenlast für Unternehmen durch**

- die Grund- und Gewerbesteuer so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen eine **grundlegende Reform der Kommunal Finanzen**, um aus der Steuererhöhungsspirale für den Mittelstand und die Bürger herauszukommen. Das hilft auch die Miet- und Nebenkosten zu begrenzen.
5. Wir brauchen **mehr Investitionen in die Zukunft**, in Digitalisierung. Wir wollen die freierwerdenden Steinkohlesubventionen in den Ausbau des Glasfasernetzes investieren und für die Digitalisierung der Wirtschaft zur Verfügung stellen.
 6. **Alleingänge des Landes beim Klimaschutz lehnen wir ab**. Wir fordern die Abschaffung des Landesklimaschutzgesetzes und des Landesklimaschutzplans und auf allen Ebenen das Eintreten für eine Energiepolitik, die den Anforderungen des Industrielandes NRW gerecht wird.
 7. Die Mittelstandsvereinigung setzt sich dafür ein, **das bestehende Mittelstandsgesetz mit Leben zu füllen**. Wir wollen Clearingverfahren auch auf Gesetzesinitiativen des Landtages ausweiten sowie eine Berichtspflicht der Landesregierung zur Umsetzung von Empfehlungen der Clearingstelle Mittelstand einführen. Ferner darf die Durchführung von Clearingverfahren nicht mehr im Ermessen des jeweiligen Ressorts stehen. Außerdem ist zu prüfen, wie die Mittelstandsförderung über das Mittelstandsgesetz ausgebaut werden kann.
 8. Im Bundesländervergleich wird in Nordrhein-Westfalen zu wenig in Forschung und Entwicklung investiert. Wir fordern eine **Reform des Hochschulgesetzes**, um die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft zu intensivieren sowie die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung. Gleichzeitig muss die bestehende EFRE-Förderung zu einer echten Innovationsförderung ausgebaut werden.
 9. Wir wollen das Ladenöffnungsgesetz novellieren. Wir wollen zurück zur Rechtslage vor 2013. Insbesondere brauchen wir eine **rechts-sichere gesetzliche Lösung für verkaufsoffene Sonntage**, ohne die Sonntagsruhe zu sehr zu stören. Wir streben bis zu vier verkaufsoffene Sonntage pro Ladenlokal an.
 10. Wir bekennen uns klar zur **Selbstverwaltung der Wirtschaft**. Wir wollen das Kammersystem im Handwerk, den Freien Berufen, in Industrie und Handel stärken. Gemeinsam mit den Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft wollen wir prüfen, ob weitere hoheitliche Tätigkeiten auf die Kammern übertragen werden können.

Quellen

- ADAC e.V.
- Akamai Technologies GmbH – The State of the Internet
- Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder«
- Bundesanstalt für Straßenwesen
- Bundesagentur für Arbeit
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
- Bundesministerium für Finanzen
- CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
- Eurostat
- Finanzministerium NRW
- Finanzverwaltung NRW
- Forsa-Umfrage im Auftrag der MIT NRW, 29.03.2017
- IT.NRW
- IW Consult GmbH
- McKinsey & Company, Inc.
- NRW.BANK
- SPIEGEL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/arbeitsmarkt-zahl-der-erwerbstaetigen-erreicht-rekordstand-a-1134847.html>
- Statistisches Bundesamt (DESTATIS)
- Statistik-Portal der Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder
- WDR: <http://www1.wdr.de/nachrichten/landespoltik/industrie-leitlinien-duin-100.html>, 10.05.2016
- WELT: <https://www.welt.de/regionales/nrw/article163512722/NRW-entwickelt-sich-zu-einer-Industrie-Ruine.html>, 09.04.2017
- Wir in NRW / Land Nordrhein-Westfalen
- sowie eigene Berechnungen

Fotos: Titelfoto © Sergey Nivens fotolia.com | Seite 2 © Ralph Sondermann

Herausgeber

Hendrik Wüst MdL

Landesvorsitzender der Mittelstands- und
Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 5 · 40213 Düsseldorf
Stefan Simmnacher, Valerie Röhrig

April 2017